

zu sehen, um den herum bei Bedarf eine „nährende Schale“ zu legen ist, und nutzte diesen als Plattform für einen umfangreichen Erneuerungsprozess im gesamten sozialen Bereich. New Labour begriff die konservative Hinterlassenschaft als Grundstein, auf dem soziale Dienste als eigenständige Säule des Sozialstaates aufgebaut werden konnten. In der Gesetzesvorlage (White Paper) „Modernising Social Services“ als Teil einer Agenda für den Wechsel und die Veränderung heißt es in der Einleitung: „We are determined to have a system of health and social care which is convenient to use, can respond quickly to emergencies and provides top quality services. We haven't got that at present“ (Department of Health 1998b, S. 2).

New Labour übernahm allerdings nicht nur den Grundstein für eine grundsätzliche und multidisziplinäre Reform des sozialen Dienstleistungssektors, sondern auch über Jahrzehnte gefestigte Stigmata: Soziale Reformen waren in der Vergangenheit mehr als Stückwerk und als Antwort auf einen in die Öffentlichkeit gelangten Skandal betrieben worden (Payne 2002, S. 54); grundlegende Veränderungen waren nicht Bestandteil eines Regierungsprogrammes. Als man in den 1980er-Jahren zum Beispiel die Einführung einer dreijährigen Ausbildung zum Social Worker vorschlug, lehnte die Regierung aus Kostengründen ab. Der Status und das Image der local authorities wie deren Beschäftigter waren bei Regierungsantritt von New Labour auf dem denkbar niedrigsten Stand, nachdem die Öffentlichkeit Soziale Arbeit über Jahrzehnte fast ausnahmslos im Zusammenhang mit failure and low performance wahrgenommen hatte. New Labour ging das Problem umstandslos und pragmatisch an: Erhöhung der Leistung, Investitionen in Ausbildung und Training und Einbeziehung der Öffentlichkeit.

Die Bausteine der Reform

Die aus diesseitiger Sicht wichtigsten Bausteine der Qualitätsoffensive von New Labour im Überblick:

▲ *Quality protects* war ein im September 1998 ins Leben gerufenes Programm, das die Modernisierung und Reformierung der Children's Social Services zum Gegenstand hatte. Zunächst auf drei Jahre angelegt, wurde es später auf fünf Jahre ausgedehnt und mit einem Finanzvolumen von 885 Millionen Pfund ausgestattet. Das Programm zielte auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen, die mit dem staatlichen Hilfesystem in Berührung kamen (Department of Health 1998a). Die vom Department of Health vorgegebenen Zielsetzungen (performance assessment framework) wurden ein

Ob wohl der 9. Juni 2007 einst als weiteres „Wenddatum“ in die Geschichte Berlins eingeht? Was dem 9. November 1989 längst sicher ist, wäre dem 9. Juni sehr zu wünschen. An diesem Tag schaffte es die Profession der Sozialarbeiter auf die Titelseiten der Berliner Zeitungen. Die gute Nachricht: Bis 2011 soll jede Berliner Schule eine Sozialarbeiterin oder einen Sozialarbeiter haben, hatte tags zuvor der Berliner Senat verkündet. Zurzeit gibt es Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen nur an jeder achten Berliner Schule.

Vier Jahre noch – mag ein Stoßseufzer durch viele Berliner Lehrerkollegien gehen. Besser als nichts, denken wohl diejenigen, die sich mit der Vernachlässigung der Kinder und Jugendlichen durch die Politik schon abgefunden hatten. Besser als nichts – na ja, Schweden und Großbritannien zeigen uns wie es noch viel besser geht: In Schweden gibt es (landesweit!) schon jetzt mindestens einen Sozialarbeiter an jeder Schule und einen Psychologen je 400 Schüler. In Berlin dagegen kümmert sich ein Psychologe um durchschnittlich 4 000 Schülerinnen und Schüler – in Worten: viertausend! Großbritannien hat in den letzten fünf bis zehn Jahren eine ganze Reihe von Gesetzen zur Verbesserung der Ausbildung und zum vermehrten Einsatz von Sozialarbeitern geschaffen, durch die mittlerweile auch ausländische Fachkräfte angezogen werden, wie der Beitrag „Soziale Arbeit auf den britischen Inseln“ in diesem Heft berichtet.

Der Blick in diese zwei EU-Länder zeigt, dass Berlin und Deutschland mit der mutig scheinenden Ankündigung gerade einmal anfangen, jahrelange Versäumnisse nachzuholen. Und er zeigt, dass dieser Schritt noch längst nicht ausreicht. Wenn nicht schleunigst auch die Zahl der Studienplätze aufgestockt wird, läuft das Programme ins Leere. Und vor allem muss der Kurswechsel nachhaltig sein und nicht bei der nächsten Haushaltskrise gleich wieder „einkassiert“ werden. Wie sagte schon Richard Kobrak (siehe Artikel ab Seite 261), der leitende Wohlfahrtsbeamte Berlins von 1927 bis 1933: „Wer den geschulten Fürsorger bei der Bekämpfung sozialer Not ausschalten will, handelt ebenso ‚sparsam‘ wie jemand, der den Arzt vom Kranken fernhält.“

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de